

Entwicklung der Gedenkstätten in Deutschland und ihre Vernetzung. Rückblick und Perspektiven



Detlef Garbe

Das Jubiläum »25 Jahre Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors« bietet eine gute Gelegenheit für einen Rückblick auf die Entwicklung der an die nationalsozialistischen Verbrechen in Deutschland erinnernden Gedenkstätten und für einen Ausblick. Dieses umso mehr, als gegenwärtig viele Gewissheiten brüchig geworden sind und die Gedenkstätten vor großen Herausforderungen stehen. Einerseits werden in Öffentlichkeit und Politik an sie sehr große Erwartungen herangetragen, etwa in den Bereichen Demokratieverziehung, Integrationsförderung und Antisemitismusprävention. Andererseits begegnen ihnen politische Anfechtungen und Infragestellungen, die es in dieser Form zumindest seit der deutschen Vereinigung nicht mehr gegeben hat.

Wenn wir zurückschauen, müssen wir hinter das Jahr 1993 zurückgehen. Das Gedenkstättenreferat hat eine Vorgeschichte, die mindestens bis Anfang der 1980er-Jahre zurückreicht, als im Zuge des Generationenwechsels eine neue Phase der sogenannten »Vergangenheitsbewältigung« begann. Suggestierte dieser damals benutzte Begriff zwar, mit den verbrecherischen Hinterlassenschaften eines Tages abschließen zu können, sie irgendwann »bewältigt« zu haben, so wurde nun in der Hinwendung zu den konkreten Orten und den Opfern der NS-Verbrechen nach und nach der die Nachkriegsjahrzehnte bestimmende Gestus des Verdeckens durch den des Aufdeckens gebrochen. Die Ersütterung, die 1979 die Ausstrahlung der US-amerikanischen Fernsehserie »Holocaust« über das Verfolgungsschicksal der jüdischen Familie Weiss und die (am Beispiel der Familie Dorf kontrastierte) deutsche Täterschaft auslöste, die Schülerwettbewerbe um den Preis des Bundespräsidenten über den Alltag im Nationalsozialismus und die entstehenden Geschichtswerkstätten seien beispielhaft für die Zäsur der Jahre 1979 bis 1984 genannt.¹

Vielorts entstanden von Jugendverbänden, Kirchen- und Gewerkschaftsgruppen getragene Initiativen zur Errichtung von Erinnerungszeichen auf den einstigen Lagerarealen oder an ähnlich bedeutsamen Orten. Die in solchen Zusammenhängen erarbei-

teten Dokumentationen, die vom vergessenen Lager »vor der eigenen Haustür« berichteten, brachten überhaupt erst wieder ins öffentliche Bewusstsein, dass Deutschland in den Kriegsjahren von einem Netz von Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern überzogen war. Vor Ort galt es nun, starke Widerstände in der Bevölkerung zu überwinden und langjährige Auseinandersetzungen mit kommunalen Gremien zu führen.

Als einzelne Gedenkstätteninitiativen den Wunsch nach einem Informationsaustausch und einer bundesweiten Koordination ihrer Aktivitäten äußerten, nahm sich zunächst die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., die seit den 1960er-Jahren mit Freiwilligen in Auschwitz und anderen ausländischen Gedenkstätten arbeitete, diesem Anliegen an. Am Wochenende 17./18. Oktober 1981 kam es in Hamburg am Rande der Eröffnung des Dokumentenhauses Neuengamme zu einem ersten Treffen von Engagierten aus Berlin, Dachau, dem Emsland, Essen, Moringen, Ulm und der Wewelsburg. Bei dem Treffen entstand nicht nur die Idee zu einem Buch über die »vergessenen KZs«², über Verdrängung und gesellschaftliche Widerstände gegen die sich langsam entwickelnde Gedenkstättenarbeit, sondern die Verabredung zu regelmäßigen Zusammenkünften.

Die Gedenkstätten und ihre Anliegen fanden zunehmende öffentliche Aufmerksamkeit. Schon das zweite Treffen der Gedenkstätteninitiativen, das vom 21. bis 23. Mai 1982 in Dachau durchgeführt wurde, fand mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung statt. Als im Folgejahr Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg die nun schon aus nahezu allen Teilen der alten Bundesrepublik angereisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Hannoveraner Rathaus begrüßte, zeigte dies den Bedeutungszuwachs, den die Gedenkstättenarbeit nun erfuhr.

Von zentraler Bedeutung für die Vernetzung der Gedenkstätten war die Einrichtung einer hauptamtlichen Koordinationsstelle bei der Aktion Sühnezeichen, die zunächst ab Anfang 1983 durch den Vikar Thomas Vogel wahrgenommen wurde, dann ab 1984 durch den damals 27 Jahre jungen Lehrer Thomas Lutz. Dieser hatte nach dem Studium von Geschichte, Politik und Sport in Marburg als Alternative zum Zivildienst für die Aktion Sühnezeichen Besuchergruppen in der Gedenkstätte Auschwitz betreut. Nach dem Zweiten Staatsexamen begann er nun im Berliner ASF-Büro mit dem Aufbau des Gedenkstättenreferats. Seit über 33 Jahren koordiniert er nunmehr die Zusammenarbeit zwischen den bundesdeutschen Gedenkstätten, organisiert für sie Tagungen und Fortbildungen, unterstützt sie bei Projekten und repräsentiert sie zunehmend im Ausland, in den europäischen Nachbarstaaten, in Israel und den USA und inzwischen schlicht weltweit.

Mitte der 1980er-Jahre war dies überhaupt noch nicht absehbar. Auch wenn hier nicht die Zeit gegeben ist, um die wechselvolle Geschichte der Gedenkstätten darzustellen, so sei doch noch einmal kurz skizziert, wie sich der Umgang mit den einstigen Verfolgungsstätten in den Jahrzehnten zuvor darstellte. Die zahlreichen nach Kriegsende zumeist auf Initiative von ehemals Verfolgten unter der Ägide der alliierten Streitkräfte an Lagerstandorten, Haft- und Mordstätten sowie in zahlreichen Städten zur Erinnerung an die NS-Opfer geschaffenen Denkmale fanden in den 1950er-Jahren nur noch wenig Beachtung. Fortan dominierten die Bombenopfer-, Heimkehrer- und Vertriebenen Denkmale. Die Orte gerieten in Vergessenheit, wozu vielfach auch die Nachnutzung für andere Zwecke beigetragen hat. Bekanntlich nutzte nicht nur das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der Sowjetunion (NKWD) die ehemali-



Zuhörende beim Vortrag von Detlef Garbe. V.l.n.r. in der ersten Reihe:
Andreas Nachama,
Maria Bering,
Klaus Lederer,
Thomas Lutz,
Uwe Bergmeier

gen KZ Buchenwald und Sachsenhausen als Speziallager, auch die westlichen Alliierten bedienten sich der einstigen Konzentrationslager Dachau, Esterwegen oder Neuengamme als Internierungslager. Nach Übernahme der oft zunächst auch als Unterkünfte für Flüchtlinge und Vertriebene dienenden Areale wurden Stätten des NS-Terrors in der Bundesrepublik als Gefängnisse, Polizeischulen oder Militäreinrichtungen nachgenutzt.

Erst nachdem die DDR in Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen 1958 bis 1961 Nationale Mahn- und Gedenkstätten einrichtete – nicht zuletzt zur Selbstlegitimation als Weihestätten des »antifaschistischen Vermächtnisses« –, entstanden auch im Westen, so in Dachau 1965 und in Bergen-Belsen 1966, KZ-Gedenkstätten mit Ausstellungen.

Der dann, wie beschrieben Anfang der 1980er-Jahre einsetzende Wandel in der Auseinandersetzung mit den Stätten der NS-Verbrechen, der in diesem Jahrzehnt zur Eröffnung einer ganzen Reihe von mit Ausstellungen und pädagogischer Begleitung versehenen Gedenkstätten führte, erfuhr nach 1990 im vereinigten Deutschland eine weitere Stärkung – entgegen anfänglichen Befürchtungen der in- und ausländischen Verfolgtenverbände, dass nunmehr die Gedenkstätten abgewickelt werden würden. Bereits im Einigungsprozess stellte sich die Frage nach der weiteren Unterhaltung der in der DDR ideologisch vereinnahmten Mahn- und Gedenkstätten, die zudem Anfang 1990 durch die Berichterstattung über die Nachnutzung von Buchenwald und Sachsenhausen als sowjetische Speziallager und die Auffindung der Gräber der dort nach 1945 in der Verantwortung des NKWD verhungerten Lagerinsassen in den Blick der Politik gerieten. Fortan wuchs im Zuge ihrer Neukonzeption und der Einrichtung neuer Gedenkstätten, die an das Unrecht des SED-Regimes erinnern, das Bewusstsein dafür, dass es auch eine gesamtstaatliche Verantwortung für die an die NS-Verbrechen erinnernden Gedenkstätten gibt. Diese wurden nun erstmals auch, sofern ihnen eine gesamtstaatliche Bedeutung zugesprochen wurde, durch den Bund gefördert. In zahlreichen Regionen und Kommunen entstanden mit Unterstützung der Länder Gedenkstätten mit Ausstellungen und permanenten Informationsangeboten. Alle Gründungen waren von einem starken bürgerschaftlichen Engagement begleitet.

Zudem verstärkten Fragen nach dem Selbstverständnis des geeinten Deutschlands und nach den Lehren aus der zweifachen Diktaturerfahrung das Interesse an den Gedenkstätten. Der stärkere gesellschaftliche Rückhalt, die steigenden Besucherzahlen und die Förderung aus öffentlichen Mitteln führten zu einer Professionalisierung der Gedenkstätten, die sich nunmehr schrittweise zu zeithistorischen Museen und modernen Bildungsstätten entwickeln konnten. Innerhalb von nur gut einem Jahrzehnt rückten sie von der Peripherie ins Zentrum der Geschichtspolitik.³

In dieser Zeit identitätspolitischer Deutungskämpfe und der Herausbildung einer gesamtdeutschen Erinnerungskultur übernahm die Stiftung Topographie des Terrors im März 1993 das Gedenkstättenreferat von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., die nach zehn Jahren und unter den Belastungen der Zusammenführung von Sühnezeichen Ost und West diese zusätzliche Aufgabe finanziell nicht mehr bewältigen konnte.

Mit dieser Entscheidung war, so der damalige Stiftungsdirektor Reinhard Rürup, »eine beträchtliche Erweiterung des Aufgabenspektrums der Stiftung Topographie des Terrors verbunden«⁴. Für die Übernahme von Thomas Lutz wurde die noch unbesetzte Stelle eines Wissenschaftlichen Mitarbeiters für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit genutzt. Für das Gedenkstättenreferat, das im Laufe der Jahre mit einer Sachbearbeitungsstelle, Honorarmitteln und den Einsatz von Freiwilligen des FSJ Kultur gestärkt werden konnte, bedeutete die Einbindung in die Stiftung Partizipation an deren wissenschaftlicher Expertise und einen großen Professionalitätsschub.

Für das Profil dieses Dokumentationszentrums, das über den Terror informiert, den die SS von hier aus über das ganze Land und das von der Wehrmacht besetzte Europa entfachte, waren die Institutionalisierung der Gedenkstättenkoordination und die damit verbundene öffentliche Ausstrahlung zweifellos auch von großem Vorteil. Dass damit eine vom Bund und dem Land Berlin gemeinsam getragene Einrichtung eine übergreifende Aufgabe wahrnimmt, die der Gesamtheit der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Deutschland zugutekommt, steht dem meines Erachtens nicht entgegen.

Für Gedenkstätten und Initiativen, Kommunen und Länder, für Medien, Politik und Forschung ist das Gedenkstättenreferat seit langem eine allgemein anerkannte Anlaufstelle für Beratung und Information. Ihre Koordinationsfunktion nimmt das Referat hoch effizient in vielfältiger Weise wahr. Den von seinem Vorgänger 1983 noch als hektographierte Blattsammlung eingeführten »GedenkstättenRundbrief« entwickelte Thomas Lutz zu einem weit verbreiteten und auch außerhalb der Gedenkstätten geschätzten Fachjournal. Die zunächst zwei-, dann dreimonatige Erscheinungsweise der seit 1997 professionell gestalteten Hefte gewährleistet eine höhere Aktualität als die in diesem Themenfeld zumeist nur jährlich erscheinenden geschichtswissenschaftlichen und -didaktischen Fachzeitschriften. Zugleich bietet der Heftumfang auch Raum für Fachbeiträge. Hinweise auf neue Ausstellungen und Publikationen, auf Veranstaltungen und Tagungen. Nachdem im Mai 2001 die 100. Ausgabe des »GedenkstättenRundbrief« mit durchaus kontroversen Beiträgen zur Standortbestimmung der Gedenkstätten als Jubiläumsausgabe erscheinen konnte, steht nunmehr bald schon die 200. Ausgabe an.

1999 startete das »Gedenkstättenforum« als interaktive Kommunikations-Plattform mit werktäglich aktuellem Pressespiegel, Veranstaltungshinweisen auf Literaturhinweisen, Informationen zu Forschungsprojekten und Diskussionsbeiträgen, die leider auch auf dieser Plattform nicht so stark beigesteuert werden, wie es wünschenswert wäre.



Führung am Standort der T4-Mordstätte in Brandenburg während der Tagung »Archäologie und Gedächtnis. NS-Lagerstandorte. Erforschen-Bewahren-Vermitteln«, 2015.

Ein Kernelement für Erfahrungsaustausch und Weiterbildung stellen die Tagungen dar, die über das Referat organisiert und oft in Kooperation mit anderen Bildungsträgern durchgeführt werden. Die Gedenkstättenseminare werden bis heute an wechselnden Orten und zu unterschiedlichen Fragestellungen fortgeführt. Hinzu kommen Fachtagungen für einzelne Zielgruppen sowie internationale Seminare und Symposien.

Die seit 2012 jährlich ausgerichteten Gedenkstättenkonferenzen richten sich hauptsächlich an die Delegierten, die das FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen, der in der Gedenkstättenarbeit engagierten Landeszentralen für politische Bildung und die Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland vertreten. Sie dienen der Debatte um die zukünftige Entwicklung von Erinnerungsorten vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen. Das FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften umfasst derzeit in acht Bundesländern 265 haupt- und ehrenamtlich betreute Gedenkstätten und Erinnerungsorte.⁵

Der Gedenkstättenkonferenz kommt auch deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil sie gewissermaßen einen Ersatz für die bis heute fehlende gemeinsame Organisation aller Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland bildet.

Als sich vor 20 Jahren die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland gründete, übernahm Thomas Lutz die Geschäftsführung. Die hier vertretenen Leitungen der acht, gemeinsam vom jeweiligen Sitzland und dem Bund geförderten Gedenkstätten Bergen-Belsen, Buchenwald, Dachau, Flossenbürg, Mittelbau-Dora, Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen haben ein enges Kooperationsnetzwerk geknüpft, führen teilweise gemeinsame Projekte durch und fördern den Austausch von Arbeitsgruppen in den Bereichen Gedenkstättenarchive, -bibliotheken und -pädagogik. Mit zahlreichen Initiativen und Kontakten im politischen Raum wirkte die Arbeitsgemeinschaft an der Ausgestaltung der bundesdeutschen Gedenkstättenlandschaft mit, wobei sie sich nicht nur als Lobbyistin in eigener Sache verstand, sondern auf eine Stärkung der für die dezentrale Struktur konstitutiven kleineren Einrichtungen und Initiativen setzte.

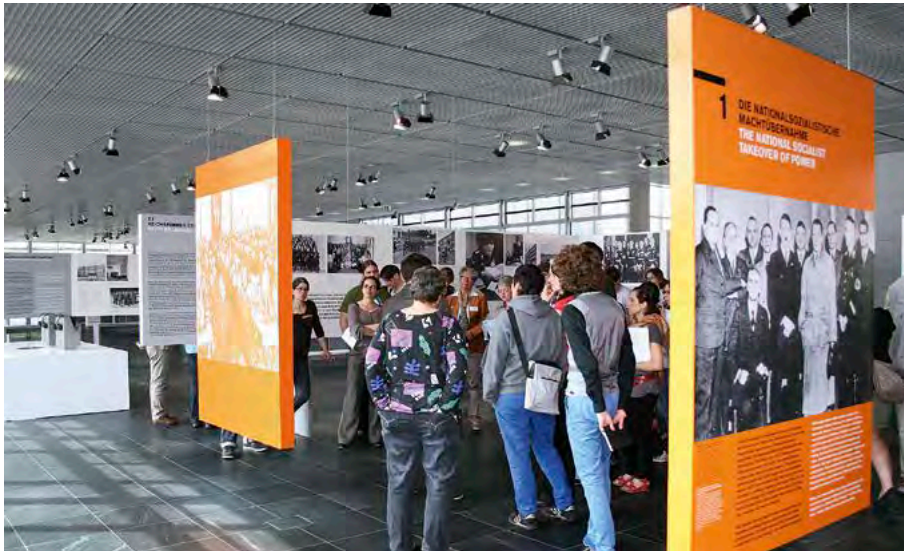
Die hohe Wertschätzung, die die Arbeit des Gedenkstättenreferats genießt, zeigt sich auch darin, dass die im November 2008 vom Bundestag beschlossene Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes eine Vertretung des Gedenkstättenreferats in dem Expertengremium festgeschrieben hat, das gegenüber der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Empfehlungen über die Förderwürdigkeit von Projekten ausspricht. Über diese Funktion hinaus nimmt Dr. Lutz zahlreiche Funktionen in Fachkommissionen und Beiräten wahr. So hat er seit vielen Jahren den Vorsitz im Internationalen Beirat der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten inne.

Zunehmend wurde der Sachverstand des Gedenkstättenreferats auch in internationalen Bezügen angefragt. Neben Vortragsverpflichtungen und gutachterlichen Stellungnahmen umfasst dies beispielsweise die Mitwirkung an Wettbewerben zur Gestaltung von Ausstellungen, Denkmälern und Gedenkstätten. Er gehört zu den Gründern der Fachsparte Gedenkstätten im »International Council of Museums« (Icom) und stand als Vizepräsident für sechs Jahre mit an der Spitze des »International Committee of Memorial Museums in Remembrance of the Victims of Public Crimes« (IC Memo), dem Museen zu unterschiedlichen Regimeverbrechen rund um den Globus angehören. Seit 2000 ist er vom Auswärtigen Amt als Delegierter in die – so ihr heutiger Name – »International Holocaust Remembrance Alliance« (Ihra) berufen, in der heute über 30 Staaten zusammenarbeiten.

Für viele internationale Partner ist der Gedenkstättenreferent der Stiftung Topographie des Terrors so etwas wie der Botschafter der bundesdeutschen Gedenkstätten. Schon zum zehnjährigen Bestehen des Referats erklärte Wesley A. Fisher, langjähriges Leitungsmitglied des United States Holocaust Memorial Museums in Washington, D.C. seine Anerkennung, denn bei der Suche nach einem »zentralen Ansprechpartner« habe sich nur das Gedenkstättenreferat als »zentrale professionelle Organisation für Holocaust-Angelegenheiten in Deutschland«⁶ qualifiziert. Soweit die amerikanische Sicht. Hier zeigt sich ein weiterer Vorteil: Mit der Zuordnung des Gedenkstättenreferats zur Stiftung Topographie des Terrors wird in internationalen Zusammenhängen zum Ausdruck gebracht, dass hinter der Dominanz des Holocaust, der Shoah, die anderen nationalsozialistischen Massenverbrechen nicht marginalisiert werden dürfen.

Die Auflistung der Aktivitäten unterstreicht die zentrale Bedeutung einer vernetzenden Koordination, gerade in unserem Land mit seiner ausdifferenzierten und höchst wertvollen dezentralen Struktur von Lernorten, die sich zumeist direkt an den historischen Stätten der Verbrechen befinden. Anders als in Staaten wie den USA, Israel, Polen oder Frankreich besteht keine zentrale nationalstaatliche Einrichtung, die das Erinnerungsnarrativ bzw. Geschichtsbild vorgibt.

In der Bundesrepublik hat sich durch bürgerschaftliches Engagement, den Vereinigungsprozess, Zuwanderungen und internationale Vernetzungen eine pluralistische, in großen Teilen weltoffene Gesellschaft herausgebildet. Dabei zeugt gerade der selbstkritische Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit von einer gewachsenen demokratischen Substanz und einer neuen Aufrichtigkeit. »Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz«, so Bundespräsident Joachim Gauck am 27. Januar 2015.⁷ Zweifellos ist das Bekenntnis zur Schuld Nazi-Deutschlands zu einem festen Bestandteil des Selbstverständnisses der Bundesrepublik geworden, die nur so vor sich selbst und vor der Welt mit den verbrecherischen Seiten ihrer Vorgeschichte selbstbewusst leben kann. Der ehemalige Bundestagspräsident Norbert Lammert fasste dies 2013 in die



Führung durch die Dauerausstellung der Stiftung Topographie des Terrors während des 57. bundesweiten Gedenkstättenseminars »Don't Forget and Don't Repeat – Der Gegenwartsbezug in der Gedenkstättenarbeit«, 2012

Worte: »Diese Erinnerungskultur ist unverzichtbare Voraussetzung für die Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt. Eine Bedingung für das Wiedererlangen des aufrechten Ganges eines geschlagenen, eines politisch verirrtten [...] und moralisch diskreditierten Volkes.«⁸

Gerade angesichts der gegenwärtig stark wachsenden Herausforderungen bedarf es einer Stärkung des Netzwerkes der Gedenkstätten, das sich nicht zuletzt aufgrund der Gedenkstättenkonzeption des Bundes entwickeln konnte. Deren in den 1990er-Jahren entwickelten Leitlinien mit der Betonung der gemeinsamen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen, der wissenschaftlichen Expertise, der Verhältnisbestimmung von NS-Völkermord und DDR-Verbrechen sowie der Schaffung internationaler Opferbeiräte unterstützen die Dezentralität und Unabhängigkeit der Gedenkstätten.

Obgleich die Gedenkstättenentwicklung in den Jahren nach der Vereinigung als Erfolgsgeschichte erscheint, inzwischen weit über 300 Gedenkstätten in allen größeren Städten und nahezu flächendeckend über die Verbrechen des NS-Regimes informieren und die Zahl von Gedenkstättenbesuchen weiter steigt und inzwischen bei insgesamt über fünf Millionen jährlich liegt, befinden sie sich in schwierigen Zeiten.

Gerade die tatsächlichen oder vermeintlichen Erfolge im Umgang mit dem belasteten historischen Erbe haben Schlussfolgerungen genährt, es sei auf diesem Gebiet im Grunde alles getan, was hätte getan werden müssen. Die Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus gelten ungeachtet aller konkreten Probleme etwa in der Erhaltung von Bausubstanz als saturiert und die Geschichte als ausgeforscht. Erst parlamentarischer Kritik an Abweisungen von Gruppenbesuchen, die aufgrund fehlender Ressourcen in der Besucherbetreuung erfolgten, ist es zu verdanken, dass in den letzten beiden Jahren doch noch eine Erhöhung von Mitteln für die pädagogische Arbeit in Gedenkstätten erfolgte.

Da kaum noch Zeitzeugen und Zeitzeuginnen aus eigenem Erleben von den NS-Verbrechen berichten können, wird den Gedenkstätten zukünftig noch stärker die Aufgabe zuwachsen, als sichtbare Zeugen die Erinnerung an das begangene Unrecht zu bewahren. Gerade weil die Überlebenden verstummen werden, dürfen die Gedenkstätten nicht

stummer Stein sein, nur dem ritualisierten Gedenken zu bestimmten Anlässen vorbehalten. Sie müssen vielmehr anstößig bleiben, die Menschen nicht zum Schweigen, sondern zum Sprechen bringen, Fragen aufwerfen.

Als weitere Herausforderungen seien genannt:

- die sich vergrößernde zeitliche Distanz,
- die Ablösung jener Aufarbeitungsgeneration, deren Antrieb sich oft aus der Scham über das Schweigen ihrer Eltern speiste, hin zu unbefangeneren, weniger biografisch geprägten Zugängen,
- die sich in der digitalen Welt nicht nur bei Jugendlichen rapide verändernden Ansprechbarkeiten,
- die Herausforderungen einer zunehmend multiethnischen Gesellschaft mit anderen Erfahrungshintergründen und Fluchtgeschichten, die nicht von den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges geprägt sind,
- die Zunahme des Antisemitismus, sowohl aus der Mitte der Gesellschaft heraus wie durch vor Bürgerkrieg und Verfolgung zu uns Geflüchtete, von denen viele in einem von Israel- und Judenhass geprägten Umfeld aufgewachsen sind.

Hier sehen sich die Gedenkstätten mit der Erwartung konfrontiert, verstärkt Beiträge zur Integration und Festigung der demokratischen Wertekultur zu leisten.

Im Zusammenhang mit den Erwartungen, die an Gedenkstätten gerichtet werden, sei mir aus aktuellem Anlass ein Wort zu der Debatte um schulische Pflichtbesuche in KZ-Gedenkstätten erlaubt. Dies ist meines Erachtens eine Scheindebatte, denn natürlich sind in den entsprechenden Lehrplänen verankerte Besuche von Schulklassen begrüßenswert und pädagogisch geboten. Entsprechende Empfehlungen zu im Unterricht eingebetteten außerschulischen Gedenkstätten-Exkursionen finden sich aber bereits heute in vielen Bundesländern in den Lehrplänen und Curricula. Pädagogisch sinnvoll sind hier natürlich keine Schnelldurchschleusungen, sondern qualifiziert begleitete Projektstage, in denen Schülerinnen und Schüler nicht nur bei geführten Rundgängen belehrt werden, sondern in die möglichst auch interaktive Elemente, Anteile von eigenen Erkundungen mit an den jeweiligen Interessenlagen orientierten Arbeitsaufträgen und vor allem Gesprächsphasen eingebettet sind. Und dafür müssen natürlich die Voraussetzungen sowohl im Schulbetrieb wie in den Gedenkstätten geschaffen werden. Schon jetzt sind zahlreiche Gedenkstätten, und zwar insbesondere die stark frequentierten, gar nicht in der Lage, den gegenwärtigen Bedarf abzudecken. Nur ein Beispiel: In der KZ-Gedenkstätte Neuengamme sind wir heute bei jährlich über 2000 begleiteten Gruppen mit nach Alter, Schulform oder Ausbildungsgang sowie Sprache differenzierten Angeboten am Ende unserer personellen Möglichkeiten. Für einen weiteren Anstieg fehlen uns schlicht die finanziellen Ressourcen.

Die pädagogische Kritik in der Debatte, auch aus Kreisen der Gedenkstätten, machte sich an der Diktion von Zwangsbesuchen fest, denen durch eine Anschaulichkeit der Verbrechen geradezu kathartische Wirkungen zugeschrieben werden. Gerade weil Schule natürlich ohnehin ein Pflichtcharakter eigen ist, machen hier Gesten des Zwanges keinen Sinn, was auch die gegenteiligen Effekte des verordneten Antifaschismus zu DDR-Zeiten zeigen. Wenn Schülerinnen und Schüler und auch Lehrkräfte den Eindruck haben, dass hier Haltungen von ihnen abverlangt werden, machen sie »dicht« und entwickeln eine innere Abwehr. Wir brauchen aber für Lernerfahrungen und emotionale Ansprechbarkeit offene Schülerinnen und Schüler, die sich trauen, jede

ihrer Fragen zu stellen. Veränderungen des politischen Bezugsfeldes, die stets die Arbeit in den Gedenkstätten tangieren, werden auch bedingt durch die in den letzten Jahren wieder zunehmenden Bedrohungslagen, kriegerische Auseinandersetzungen und globale Krisen, die in Form gesellschaftlicher Verwerfungen oder terroristischer Gefahren auch unmittelbar auf uns Auswirkungen haben. In Zeiten, in denen Autokraten nationalstaatlichen Eigennutz, Abschottung und neue Aufrüstung nach innen wie außen propagieren, fragen sich viele, ob die gesellschaftliche Verankerung der demokratischen Errungenschaften, die institutionellen Sicherungen des Rechtsstaates und die internationale Friedensordnung stark genug sind. Verstärkt erreichen die Gedenkstätten besorgte Anfragen von den hochbetagten Überlebenden des NS-Terrors und ihren Angehörigen, wie weit die Lehren aus den geschichtlichen Erfahrungen des Nationalsozialismus tragen.

In dieser Situation schwindender Gewissheiten wird gegenwärtig die in den zurückliegenden Jahrzehnten in einem mühsamen Prozess gesellschaftlicher Verständigung erstrittene und gefestigte bundesdeutsche Erinnerungskultur von dem erstarkenden Rechtspopulismus grundsätzlich infrage gestellt. Nun wird wieder erklärt, dass man »uns diese zwölf Jahre nicht mehr vorhalten« müsse, offen eine »erinnerungspolitische Wende« gefordert, die Worte von Bundespräsident Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 über die Befreiung vom Nationalsozialismus als »Rede gegen das eigene Volk« gebrandmarkt und das Denkmal für die ermordeten Juden Europas als »Schandmal« gegeißelt. Dies waren keine Entgleisungen. Hier soll einem neuen Nationalismus und der Wiederkehr von Leugnung, Aufrechnung und Relativierung der Weg bereitet werden. Wir werden uns auch weiterhin auf Angriffe auf die Erinnerungskultur gefasst machen müssen, die eine neue Qualität erreichen werden. Denn hier geht es um die Frage nationaler Identität, um das Selbstverständnis unseres Landes.

Geschichtspolitische Deutungskämpfe wirken auf die Gedenkstätten ein, die nach der Vereinigung vor dem Hintergrund der zweifachen Diktaturerfahrung zur Staatsräson in der neuen geläuterten Bundesrepublik wurden. Nun schwinden Selbstgewissheiten auch in den Gedenkstätten. Das in der Kritik an Gedenkritualen und der Affirmation, die in den Gedenkstätten an die Stelle ihrer früheren Anstößigkeit getreten sei, in der Forschung geäußerte »Unbehagen an der Erinnerungskultur«⁹ wird jetzt von anderer Seite und aus einer gänzlich anders gelagerten Motivation vorgebracht. Die Gedenkstätten erfahren nunmehr, wie sehr ihr Erfolg Gegenkräfte mobilisiert, wie relevant nach wie vor die Beschäftigung mit der Vergangenheit ist und dass es sich bei ihren Anliegen entgegen mancher in den letzten Jahren geäußerten Einschätzungen durchaus noch um »heiße Geschichte« handelt.

Fraglos waren die Gedenkstätten, die von den nationalsozialistischen und damit von deutschen Verbrechen zeugen, Rechtsextremisten schon immer verhasst – schon vor 30 Jahren erklärte der deutschnationale Publizist Armin Mohler die Überwindung des »Bewältigungsrummels«¹⁰ zur Voraussetzung für ein befreites nationales Selbstbewusstsein. In den vom »Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes« herausgegebenen »Deutschen Monatsheften« war diese Forderung 1985 in die klaren Worte gefasst worden: »Der Weg zur Selbstfindung der Deutschen geht über die Trümmer der KZ-Gedenkstätten.«¹¹ Die Befreiung vom – wie sie es nennen – »Schuldskult«, um einen neuen Nationalismus den Weg bereiten zu können, war und ist ein zentrales Anliegen nicht weniger Vordenker der Neuen Rechten. Nun wird ein solches Denken – so steht

zu befürchten – fortan ein parlamentarisches Sprachrohr finden und dann wohl auch in Rundfunkräten oder den Aufsichtsgremien der Zentralen für politische Bildung und vielleicht auch der Gedenkstätten zu hören sein. Jetzt wird es darauf ankommen, wie stark der Widerspruch und Widerstand in unserer Gesellschaft sein wird. Noch gibt es eine große und erfreuliche politische Einmütigkeit aller demokratischen Kräfte und Parteien in unserem Land, dem Ungeist entschieden entgegenzutreten.

Der Rechtspopulismus ist heute zweifellos die größte Herausforderung, vor der wir stehen, nicht nur bei uns, sondern in vielen Staaten, in denen große Bevölkerungsteile wirtschaftliche Verunsicherung verspüren, sich ängstigen, und deshalb für Hetze auf vermeintlich Schuldige empfänglich werden. Das Problem sind dabei nicht nur die rechtspopulistischen Parteien, sondern Erosionsgefahren in der Mitte, Gewichtverschiebungen in der ganzen Breite sozusagen. Hier bedarf es eines klaren Damms gegen menschenrechtsfeindliches Denken. Unter den Herausforderungen des deutlich erstarkten Rechtspopulismus stehen die Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen vor einer substantiellen Herausforderung. Nun müssen sie sich bewähren und ihren Beitrag zur Stärkung der demokratischen Gegenkräfte und zur Entzauberung der neuen Unheilspropheten leisten.

Unter dem Eindruck sich verändernder gesellschaftlicher Herausforderungen, gestiegener Besucherzahlen und wachsender Aufgaben wandten sich im letzten Jahr die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten und das FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften mit einer gemeinsamen Erklärung¹² an Öffentlichkeit und Politik. Sie fordern größere Anstrengungen für Aufarbeitung und Vermittlung und ein Ende der Ungleichgewichte. Bei einer Weiterentwicklung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes seien vorrangig zu berücksichtigen:

- die Unterstützung innovativer pädagogischer Projekte, insbesondere die Entwicklung integrativer Formate für Migrantinnen und Migranten,
- Förderwege für Einzelprojekte und kleinere Gedenkstätten auch für den Bereich der NS-Aufarbeitung, wie dieses mit Haushaltsmitteln des Bundes bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur der Fall ist,
- Erhalt von akut bestandsgefährdeten baulichen Relikten in den ehemaligen Konzentrationslagern und vergleichbaren Stätten,
- Sicherung und Erschließung der Sammlungen und Archive, um den Wissenstransfer für die nächsten Generationen sicherzustellen.

Da die dezentrale bundesdeutsche Gedenkstättenlandschaft in besonderem Maße der Vernetzung bedarf, bildet in der Erklärung die dauerhafte Absicherung und signifikante Stärkung des Gedenkstättenreferats einen Kernpunkt. Gerade im Hinblick auf den auch hier in nicht ferner Zukunft anstehenden Generationswechsel ist dringend eine Struktur vonnöten, mit der das in den zurückliegenden Jahrzehnten angehäuften Erfahrungswissen gerettet werden kann.

Schon anlässlich des zehnjährigen Jubiläums wies Reinhard Rürup auf die Unverzichtbarkeit des Referats für die Gedenkstättenarbeit in Deutschland hin.¹³ Und der damalige Amtschef der Staatsministerin für Kultur und Medien, Knut Nevermann, erklärte zum gleichen Anlass, dass sicherlich das Gedenkstättenreferat »auf lange Sicht ausgebaut werden« müsse, »aber schon jetzt« – so formulierte er es 2003 – haben wir »durch die Wirksamkeit des Referats und die kollegialen Kontakte der Gedenkstätten untereinander, [...] ein professionelles Niveau erreicht, das es sonst auf der Welt nicht

gibt«. Und er fügte hinzu: »Es wäre absurd, eine so sinnvolle und leistungsfähige Struktur in Frage zu stellen.«¹⁴

Auch wenn ich nicht davon ausgehe, dass ein so erfolgreiches Projekt in irgendeiner Weise in seiner Fortführung gefährdet sein könnte, so ist gleichwohl der angedachte Ausbau – und dafür sollten die inzwischen verstrichenen 15 Jahre eigentlich Zeit genug gewesen sein – im Wesentlichen ausgeblieben. Die Stiftung Topographie des Terrors hat hierfür im Rahmen der ihr zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel keinen weiteren Spielraum gehabt.

Von daher ist es sehr zu hoffen, dass in den verbleibenden Dienstjahren von Thomas Lutz die Weichen dafür gestellt werden, dass diese unverzichtbare Aufgabe sich zukünftig ihren gewachsenen Anforderungen mit mehr Ressourcen widmen kann. Und vielleicht gibt es für den Kollegen Lutz dann die Gelegenheit, ein Projekt zu realisieren, das er in einem Interview andeutete, als er nach seinem großen beruflichen Traum gefragt wurde: »Einmal genug Zeit haben, um die Entwicklung der Aufarbeitung der NS-Geschichte in Gedenkstätten niederschreiben zu können.«¹⁵

Dr. Detlef Garbe ist Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten in Deutschland.

- 1 Vgl. Axel Schildt/Detlef Siegfried: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart. München 2009, S. 425ff.
- 2 Das Buch erschien einhalb Jahre später: Detlef Garbe (Hg.): Die vergessenen KZs? Gedenkstätten für die Opfer des NS-Terrors in der Bundesrepublik. Bornheim-Merten 1983.
- 3 Vgl. Detlef Garbe: Von der Peripherie in das Zentrum der Geschichtskultur. Tendenzen der Gedenkstättenentwicklung, in: Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich (Hg.): »Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?« Die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR in Ausstellungen, Museen und Gedenkstätten. Essen 2005, S. 59–84.
- 4 Netzwerk der Erinnerung. 10 Jahre Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors. Eine Veröffentlichung der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin, herausgegeben von Reinhard Rürup. Berlin 2003, S. 8.
- 5 Vgl. Thomas Lutz mit Marie Schulze: Gedenkstätten für die Opfer nationalsozialistischer Gewalt in Deutschland, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 187 (9/2017) S. 3–17.
- 6 Zit. nach: Netzwerk der Erinnerung (Anm. 3), S. 47.
- 7 Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck zum Gedenktag, 27.1.2015, www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw05_gedenkstunde/357044 (zuletzt eingesehen am 8. 2. 2018).
- 8 Rede des Präsidenten des Deutschen Bundestages Prof. Dr. Norbert Lammert, in: Gedenkstunde der Hamburgischen Bürgerschaft zur Erinnerung an das gewaltsame Ende der ersten parlamentarischen Demokratie in Deutschland im März 1933 und an die Opfer des Nationalsozialismus im Plenarsaal des Hamburger Rathauses am 11. April 2013. Hrsg.: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 2013, S. 14–33, hier S. 31.
- 9 Vgl. Aleida Assmann, Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention. München 2013.
- 10 Armin Mohler, Der Nasenring. Die Vergangenheitsbewältigung vor und nach dem Fall der Mauer, München 1991, S. 344.
- 11 Peter Medrina, in: Deutsche Monatshefte (1985), Nr. 1, zit. nach Thomas Assheuer, Der Weg führt über die Trümmer der KZ-Gedenkstätten, in: Frankfurter Rundschau, 27. 10. 1992.
- 12 Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten/FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland, Erklärung »Erinnerungskultur und historisch-politische Bildung stärken – Gedenkstätten an den Orten des NS-Terrors fordern größere Anstrengungen für Aufarbeitung und Vermittlung und ein Ende der Ungleichgewichte«, Berlin, 5. Mai 2017
- 13 Netzwerk der Erinnerung (Anm. 4), S. 9.
- 14 Zit. nach: ebd., S. 47.
- 15 Zit. nach: ebd., S. 19.